

# Zur Revision der Staatsbeamtengehälter

Das Arbeiterurlaubgesetz in 2. Lesung einstimmig angenommen  
Bericht über die gestrige Kammer-Sitzung

Hr. Berichterstatler ROCK spricht dem Staatsrat seinen Dank aus für die schnelle Begutachtung des Urlaubs-gesetzes. Andererseits würden die Arbeiter mit Schmerzen dieses Gesetz erwarten; es sei daher nötig, es sofort zu stimmen. Der Staatsrat habe das Gesetz angenommen sowie die Kammer in erster Lesung gestimmt hat. Es könne nun drei Tage, nachdem es im Memorial erschienen sei, in Kraft treten. Das sei wohl noch für Ende dieses Monats möglich. Vom Staatsrat sei lediglich ein Artikel bezgl. eines Regierungsantrags über die vorgesehenen Strafen gestrichen worden. Die Zentralsektion habe sich dem Wunsche des Staatsrates angeschlossen; er bitte daher den Hrn. Arbeitsminister, diese Sanktionen in die Ausführungsbestimmungen zu setzen.

Hr. Staatsminister DUPONG nimmt das Gesetz an, sowie es ist. Was nun die zu ergreifenden Sanktionen anbelangt, weist er darauf hin, daß es sich um einen großherzoglichen Beschluß vom 8. 8. 1947 handelt. Dies werde eventuell eine Rechtsfrage auf. Er müsse zuerst studieren, ob die Regierung auf Grund der Spezialvollmachten die Sanktionen noch in die Ausführungsbestimmungen setzen könne.

Hr. Nic. BIEVER ist ebenfalls der Ansicht, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden; seine Partei werde daher auch dafür stimmen. Er bittet den Hrn. Arbeitsminister, vor Festlegung der Ausführungsbestimmungen die gewerkschaftliche Vertragskommission zu hören.

Hr. DURY möchte wissen, ob für die Kleinbetriebe Kompensationen in Form von Steuerermäßigungen usw. vorgesehen sind. — Hr. Staatsminister DUPONG hält hier seine ursprünglichen positiven Erklärungen aufrecht.

Hr. Berichterstatler ROCK kennt kommerzielle Unternehmen, die bereits bevor dieses Gesetz votiert war, ihrem Personal mehr Urlaub bewilligten, als das neue Gesetz vorsieht. Die Gefahr bestehe, daß diese Arbeitgeber sich jetzt auf das Gesetz berufen. Die Kammer möge einen Appell an sie richten, den bisher von ihnen bewilligten Urlaub auch weiter beizubehalten.

Das Urlaubsgesetz wird sodann einstimmig angenommen.

**Die Gehälterrevision der Staatsbeamten**  
Hr. Berichterstatler GREGOIRE bemerkt sich auf seinen schriftlichen Bericht; er werde später noch einmal mündlich Stellung nehmen.

Hr. BOUSSER bemängelt, daß die Tabelle im Namen der Zentralsektion herauskam, obwohl diese mit der Aufstellung nicht einverstanden war. Seine Partei werde die von ihr gemachten Vorschläge nun in öffentlicher Sitzung zur Sprache bringen. (Hr. GREGOIRE: „Leider sind bei der Drucklegung verschiedene Fehler unterlaufen; wir werden die Verbesserungen im Laufe der Diskussion vornehmen.“) Anstatt etwas Ganzes zu schaffen, sei nur Flickarbeit geleistet worden. Die Verwaltungsreform hätte der Gehälterrevision vorangehen müssen. Der Finanzminister werde jetzt behaupten, keine finanziellen Mittel zu haben. Auch der Berichterstatler sei jetzt der Meinung, wir hätten Beamte zuviel. Der Staat verfüge leider über kein modernes Verwaltungssystem. Man könne die Kaders aber nicht durch Entlassungen, sondern höchstens durch Pensionierungen reduzieren. Es sei daher angebracht, die Altersgrenze herabzusetzen. Gleichzeitig müsse die Verwaltungsreform verwirklicht werden. Viele Titel müßten abgeschafft werden. Ohne Armee, Gendarmerie, Polizei und die Spezialbeamten würden wir mehr als 200 verschiedene Titel haben, wo doch 50 voll und ganz genügen würden. Er sei nicht einverstanden, das Gesetz nochmals an den Staatsrat zurückzugeben; seine Partei wolle Artikel nach Artikel debattieren und die nötigen Besserungsanträge

stellen. Der Berichterstatler spreche auch von der Verwaltungsreform; er deute sie leider nur an, mache aber keine präzisen Vorschläge. (Hr. Staatsminister DUPONG: „Sie machen wohl Vorschläge, aber leider keine praktischen.“) Er wolle auch Stellung nehmen zur Revalorisierung der Funktion. Das Leben sei heute viel teurer als früher; erst hätte man daher die Gehälter um 20% erhöhen müssen und dann erst die Revalorisierung vornehmen sollen. Nicht nur Gehalt, sondern auch die Pension, die Altersgrenze usw. gehörten zu den erworbenen Rechten der Beamten. Seit dem Indexpost habe der kleinste Staatsbeamte 1400 Fr. weniger erhalten als ihm zustehende. Er sei nicht einverstanden, daß die automatische Indexanpassung abgeschafft werde und er werde einen Besserungsantrag auf Wiedereinführung stellen. Die verlangten 5% zur Gewährung einer Tranche sei zuviel; man solle 2,5% nehmen, wie auch die Staatsbeamten es wünschen. Als Basis sei der Durchschnitt der letzten 6 Monate in Betracht zu ziehen. Er schlage weiter vor, die Effektivität aus dem Gesetz zu streichen und jedes Jahr eine Tabelle aufzustellen. Er sei auch mit den verschiedenen Kategorien bei den Haushaltsprämien nicht einverstanden, auch nicht mit den 75% für die Jungesellen. Die Kasernierung so'e außer Gendarmerie und Polizei auch auf Militärmusik, Personal der Strafanstalten und Zollbeamten ausgedehnt werden. Er stelle einen Antrag, diesen Gruppen außer der Haushaltsentschädigung eine Wohnungsentschädigung zu bewilligen und zwar ¼ des Minimalgehaltes in Ortschaften mit über 20 000 Einwohnern, ½ in solchen mit 10 000 bis 20 000 Einwohnern und ¾ in allen

andern. Die Entschädigung solle zu ¼ zur Pension geschlagen werden. Mit der Regelung bezgl. der Kinderzulagen sei er einverstanden. Er beantrage die Perequation der Pensionen vorzunehmen, sowie auch für die Staatsbeamten eine „pension différée“ einzuführen. Das Gesetz müsse rückwirkend auf den 1. 1. 1948 sein; lediglich die neue Haushaltsentschädigung habe vom 1. 1. 1949 an zu gelten. (Hr. GENGLE: „Wir gönnen recht gerne den Leuten alles, was Sie bis jetzt verlangt haben; können Sie uns aber sagen, was Ihre bisherigen Anträge das Land kosten?“) Er glaube, daß die Haushaltsentschädigung, wie sie jetzt gehandhabt wird, bereits eine wesentliche Verbesserung darstellt; doch seien die Anfangsgehälter zu tief.

Abschließend geht der Redner dann die einzelnen Gruppen durch und bringt bei den meisten Anträge auf höhere Einstufung ein.

Hr. BODSON ist der Ansicht, als ob seitens der Majorität bereits alles beschlossene Sache sei und man sich nicht einmal die Mühe gebe, die von seiner Partei eingebrachten Besserungsanträge zu studieren. (Hr. GREGOIRE: „Es ist bereits geschehen; sie sind schon studiert.“) Er unterstütze die Anträge seines Freundes Bousser; besonders das technische Personal sei zu niedrig eingestuft. Ebenfalls Hr. Bodson bringt bei verschiedenen Gruppen Besserungsanträge ein, hauptsächlich was die Magistratur anbelangt. Diese müsse absolut unabhängig bleiben. Er bitte daher die Kammer, wenigstens die Vorschläge des Staatsrates in Betracht zu ziehen.

Schluß der Sitzung. Die nächste Sitzung findet heute nachmittags um 14.30 Uhr statt.

## Kammerarbeiten

Abänderung des Gesetzes vom 21. Mai 1948 über die Revision der Staatsbeamtengehälter

Der Bericht der Zentralsektion  
Magistratur

Was die Magistratur anbelangt, ließ die Zentralsektion, da bei ihrem Votum über die Vorschläge des Staatsrates Stimmengleichheit erzielt wurde, diese Frage in der Schwebe. Nichtsdestoweniger hat sie verschiedene Änderungen zum Vorteil des Staatsanwalts in Diekirch, des Tribunalpräsidenten und anderer Interessierten angenommen.

Spezialgehälter

Bezgl. der Gehälter der Friedensgerichtsschreiber, der „commis-aux-écritures“ und der „commis-dirents“ in der Zollverwaltung ist die Zentralsektion mit den Vorschlägen des Staatsrates einverstanden. Für alle anderen Gruppen hat sie sich zugunsten der Vorschläge der Regierung ausgesprochen.

Mit vier Stimmen bei zwei Enthaltungen schlug sie bei den Lehrern ein Maximalgehalt von 122 000 Fr. vor; das Minimum wurde auf 54 000 Fr. belassen und die Triennalen folgendermaßen verteilt: 6 zu 6000 Fr. und 4 zu 8000 Fr.

Kultusdiener

Die Zentralsektion schlägt vor, die Gehälter der Kultusdiener um 3000 Fr. beim Minimum und Maximum zu erhöhen, die der Pfarrer II. Klasse um 4000 Fr. und, was die Vikare und Kapläne anbelangt, die Vorschläge der Regierung anzunehmen.

Schlußendlich bittet die Zentralsektion den zuständigen Behörden folgende Vorschläge in Betracht zu ziehen:

Gruppe I. Wegewärter

Die Frage der Einstufung der Wegewärter wurde mit der von der Spezialkommission gewünschten Genauigkeit untersucht. Sie beschloß, dieselben in Gruppe I zu belassen, hingegen die Zahl der Chef-Wegewärter von 39 auf 60 zu

erhöhen. Die Regierung schloß sich diesem Vorschlag an, wie auch die Zentralsektion mit 4 gegen 2 Stimmen.

Gruppe II und III.

Um die Position der Briefträger zu festigen, schlug die Zentralsektion folgende Einteilung vor:

Gruppe IIa (43 000—67 000) für Briefträger;  
Gruppe IIb (43 000—73 000) für Chef-Briefträger;  
Gruppe IIIa (47 000—75 000) für Releisbriefträger;  
Gruppe IIb (47 000—79 000) für Facteurs aux écritures;  
Gruppe IIc (51 000—83 000) für Post-agenten.

Andererseits hielt die Zentralsektion provisorisch den Vorschlag eines ihrer Mitglieder, die diplomierten Facharbeiter in Gruppe IIIa einzustufen, zurück. Es handelt sich hier um eine Neuerung, die von den zuständigen Verwaltungschefs studiert werden muß. Es ist zweifelhaft, ob die Kammer diesen Vorschlag ohne weiteres annehmen kann, obwohl er wirkliche Vorteile bietet zur Differenzierung zwischen Handwerkern und Technikern. Deswegen haben 4 Mitglieder (gegen 2) sich gegen eine sofortige Inbetriebnahme ausgesprochen.

Verschiedene Mitglieder möchten die Aufseher und Lagerchefs in Gruppe IIb einstufen, während sie ihre ehemaligen Kollegen aus der Postverwaltung, die Landwirtschaftstechniker u. a. in Gruppe IIIa belassen wollen. Die Majorität war der Ansicht, daß dieser Unterschied nicht begründet sei, weil alle Angehörige dieser Gruppe auf derselben Stufe stehen in punkto Studien und beruflicher Ausbildung.

Gruppe V

Da Gruppe Va für viele Titulare das Ende ihrer Laufbahn bedeutet, hat die Zentralsektion das im Gesetz vom 21. 6. 1948 vorgesehene Maximalgehalt um 6000 Fr. erhöht. Das gleiche gilt in

Gruppe Vb für alle commis-rédacteurs, die nicht aus dieser Gruppe herauskommen.

Diese Bemerkung bedingt eine andere. Sämtliche Revisionen, die sich in mehr oder weniger großen Abständen folgen, zielen darauf aus die Zentralposition, die der commis-rédacteurs zu bedrohen, einerseits wegen dem ständigen Vorstoß von unten herauf und die besonderen Vorteile der militärischen Dienstwege: freie Wohnung, Kleidermasse, Dienstkreuz usw.; andererseits durch die Position der Dienstwege, in denen „Universitätsbildung“ verlangt wird, die einen allzu großen Unterschied in den Anfangsgehältern vorzeigen (104 000 Fr. für die Universitäten, 54 000 Fr. für die commis-rédacteurs).

Eine Annäherung drängt sich auf. Werden finanzielle Gründe erzwungen, um diese Aufbesserung auf später zu verschieben, soll jedoch jetzt schon festgehalten werden, daß in einer zukünftigen Revision besonders die Gruppen zwischen unteren und höheren Stufen in Betracht zu ziehen sind.

Gruppe VIII

Da der Autömör der Strafanstalten bis heute das für den sous-administrateur vorgesehene Gehalt bezog, schlägt die Zentralsektion vor, ihn in Gruppe VIII einzustufen.

Die Zentralsektion beschließt, um einer Forderung des Staatsbeamtenverbandes Rechnung zu tragen, den Vorsteher des Office des Imprimés das Gehalt der Gruppe VIII zu geben.

Gruppe IX

Die Zentralsektion schließt sich dem Antrag des Staatsrates an, gemäß dem der Sekretär des Diekircher Gerichtes in Gruppe IXa einzugliedern ist.

Verschiedene Mitglieder der Zentralsektion sind der Ansicht, die technischen Lehrer wie auch die Lehrer des allgemeinen Unterrichts an der Escher Gewerbeschule würden die bessere Eingliederung in Gruppe IXa verdienen, während die andern gegenteiliger Meinung sind und behaupten, daß auf der Basis des erforderlichen Studiums und den besonderen Charakter des beruflichen Unterrichts in Betracht gezogen, die Gleichstellung mit den Oberprimarlehrern eine äußerst günstige Lösung bedeute, besonders, wenn man sie vergleicht mit dem commis-rédacteur, der mit dem Reifezeugnis unserer mittleren Lehranstalten und verschiedener Examina mit einem Anfangsgehalt von 54 000 Fr. beginnt, der technische Lehrer hingegen mit 78 000 Fr., also 24 000 Fr. mehr. Da der Vorschlag der Regierung das Minimum auf 82 000 Fr. festsetzt, ist die Zentralsektion der Ansicht, die Lehrer des beruflichen Unterrichts in dieser Gruppe zu belassen.

Gruppe X

Die Position des Direktors des Rhamhospizes mit der eines Verwalters der Strafanstalten vergleichend, beschließt die Zentralsektion erstern auch in Gruppe Xb einzustufen.

Die Universitätsstudien und die abzulegenden Examina in Betracht ziehend, hat die Zentralsektion beschlossen, die Professoren der Handelswissenschaften in eine Zwischengruppe Xb einzustufen mit einem Gehalt von 96 000—148 000 Fr.; die jetzige Gruppe Xb werde dadurch Xc werden.

Für die unteren Zollbeamten Berechnung der Gehälter jener Agenten, die mehr als sechs Militärdienstjahre gemacht haben und Herabsetzung von drei auf ein Jahr der Stagezeit für jene, die vier Militärdienstjahre abgelegt haben.

Da die Expeditionnaires, welche aus der damaligen „Freiwilligen-Kompagnie“ hervorgingen, wenigstens 15 Dienstjahre haben müssen, wäre es in deren Interesse notwendig, die in Art. 9 des Gesetzes vom 21. Mai 1948 vorgesehene sechsjährige Periode um ein Stagejahr zu verlängern.

Im Prinzip sollte Art. 9 für alle gelten, die durch Dienstalter das ursprüngliche Maximalgehalt ohne Beförderung erhalten haben und die infolge einer früheren Beförderung sich von Kollegen, bei denen der Militärdienst angerechnet wird, übersprungen sehen.

Die Militärmusik hat nach Ansicht der Zentralsektion das Recht genau wie die übrigen Mitglieder der Armee behandelt zu werden in puncto Wohnentschädigung. Es müßte hier die Schaffung von einem Adjutant-chef und fünf Adjutantenposten vorgesehen werden.

Die Zentralsektion hält darauf, daß die Ernennung jener Postagenten, die die Bedingungen zur Beförderung auf den Posten eines commis-aux-écritures erfüllen, sofort vorgenommen wird, ähnlich wie es bei den Briefträgern und expeditionnaires gehandhabt wird.

Da die Postverwaltung darauf besteht die Beförderungen in zwei Richtungen, jener der Direktion und jener der Exploitation vorzunehmen, verlangt die Zentralsektion, daß den Vorzugsgehalt, die den Direktionsbeamten reserviert sind, ein Ende bereitet wird, damit das Spiel der willkürlichen Ernennungen aufhört, das anstößige und unannehmliche Situationen für jene heraufbeschwört, die sich durch die Vorzugskandidaten der Direktion den Weg versperrt sehen.

Da die Lehrerzeugnisse und die Reifezeugnisse gleichwertig sind, wäre es wohl logisch den Besitzern dieser Zeugnisse, die Sparkassenbeamte sind, das Gehalt eines commis-rédacteur zu bewilligen.

Durch Verallgemeinerung der in Art. 29 des Gesetzes vom 21. Mai 1948 vorgesehenen Begünstigung würden viele Unregelmäßigkeiten aufhören, durch die für am selben Tage vorgenommene identische Ernennungen zu identischen Funktionen fühlbare Differenzen in der Gehaltserhöhung bestehen.

Für den Förster muß eine identische Situation geschaffen werden wie für jene Agenten, die aus der Armee hervorgegangen sind, d. h. die beim Militär verbrachten Jahre bei der Berechnung der Triennalen und Pension in Betracht ziehen. Könnte nicht ein eventueller Rückkauf vorgenommen werden, wenn Staat und Gemeinde je einen gleichen Anteil sichern würden?

## Kleiderpakete nach Deutschland

Immer noch werden Kleiderpakete nach Deutschland gesandt. Desgleichen Lebensmittelpakete, welche vom Schenkgeber selber zusammengestellt werden. Die Caritasstelle, Theaterplatz 17, Tel. 20-68 hält zu diesem Zweck Kartons für die Verpackung der 7—10 kg. Lebensmittel fassen können.

Es wird darauf hingewiesen, daß jedesmal nur 2 Kilo der nämlichen Ware an denselben Empfänger gesandt werden dürfen. Es ist außerdem verboten, Alkohol, Tabak, Zigarren, Zigarettensachen in den Paketen beizufügen. Deshalb werden alle Pakete vor dem Versand nachgeprüft. Man soll daher dem Paekt eine Liste beilegen, auf welcher alle Waren genau verzeichnet sind. Auch darf man das Paket nicht schließen, bevor der Leiter der Liebesgabenabteilung dessen Inhalt nachkontrolliert hat. Jeder Spender erhält eine Etiquette auf welcher er die Adresse des Empfängers in Blockschrift einträgt.

## Neue Bücher

Josef Mußhauser: „Die Lotterseinnin“, 144 Seiten, Halbleinen mit Schutzumschlag, S. 15.—, Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien.

Hier schreibt einer, der Volk und Leben in den Tiroler Bergen bis in die Tiefe kennt. Der Sohn eines stolzen Alpbaisers gewinnt gegen den Willen seines Vaters die Zuneigung eines bildsauberen, armen Semndröndels. Man nimmt mit jedem Kapitel immer mehr Anteil an diesem braven Mädel, man freut sich, wenn es alle Schwierigkeiten meistert und sich durchsetzt, trotz Mißgunst und Neid der Umwelt, die ihm den Spottnamen „Lotterseinnin“ gibt.

Plastisch erstehen diese Menschen vor uns, Sennen, Holzknechte, Schaffirten, Wildliebe und Jäger sind lebendig mit all ihren Fehlern und Schwächen und guten Seiten gezeichnet.

Dr. Hans Moritz: „Vom Beruf der Frau“, 144 Seiten, kartoniert, S. 16.—, Tyrolia-Verlag, Innsbruck-Wien.

Der Verfasser dieser Schrift, der Psychologe und Pädagoge ist, wurde durch die in den statistischen Ergebnissen der Nachkriegszeit enthaltenen Ziffern des Frauenüberschusses veranlaßt, das Problem der Frauenberufe einmal tiefer zu sehen und daraus praktische Folgerungen abzuleiten. Als kritischer Beobachter weist er darauf hin, wie aus den weiblichen Wesenseigenschaften das letzte Verständnis für die Eigenart der Berufung der Frau und für die Eignung zu ihren Berufen erwächst. Weit mehr als der Mann ist die Frau im Grunde genommen zu einem besonderen Beruf geeignet und daher gleichermaßen vorherbestimmt. So tun sich auch außerhalb der Familie Arbeits- und Berufsmöglichkeiten auf, die den ganzen Menschen in der Frau ausfüllen und ihrem Leben vollen Inhalt zu geben vermögen.

Wahre Freude am Dasein soll und kann der alleinstehenden Frau genau so beschieden werden sein, wie derjenigen, die im Mutterglück Erfüllung sieht oder erwartet, wenn sie nach Erkennen besonders auffallend vorhandener Wesenseigenschaften zur richtigen Selbsteinschätzung gelangt und in der Folge dem fräulichen Berufe zustrebt, der die Verwirklichung des Ideals verheißt.

Rettet die Welt. Heilandsruf an die mitleidenden Seelen. Herausgegeben und eingeleitet von P. J. Lebreton S. J. und P. A. Monier-Vinard S. J., 348 Seiten, Halbleinen, S. 28.—, Marianischer Verlag, Andreas-Hoferstr., Innsbruck.

Ein programmatisches Buch! Ein Aufruf, ähnlich wie der Heiland seinerzeit zu Maria Margareta Alacoque gesprochen hat. So gesehen beruht die überzeugende Echtheit dieses Heilandsrufes nicht so sehr in der Herausgabe der Schrift durch die bekannten Jesuiten-Theologen Lebreton und Monier-Vinard, sondern in der Ueber-einstimmung mit dem Glaubensgut und im Ansporn und in der Neubefruchtung des ganzen religiösen Lebens zu inniger Liebe, zu größerer Treue und vor allem zu tieferer Demut.

Man kann überzeugt sein, daß das Werk mit seinem überreichen Stoff für Betrachtungen und Lesungen bei Priestern, Ordensleuten und Tatchristen mit Freude aufgenommen wird.

Das Buch wurde in der Originalausgabe von Zehntausenden begeistert gelesen und sein Inhalt zu verwirklichen gesucht.

## Der Eid

Man kennt, wenn auch nicht als Patient, so doch als Praktikant, den berühmten Eid des Hippokrates, der den Aerzten manches zur Pflicht macht, was den Kranken, falls sie der beschworenen Dinge versichert wären, nur von Nutzen sein könnte. Ihretwegen erlaube ich mir die sonstwie müßig zu nennende Spielerei, der alten Formel, die vom Zauber nichts und von der ernsthaftesten Berufsauffassung alles besitzt, an dieser Stelle eine neue und — so hoffe ich — auch gläubige Zuhörerschaft zu finden. Die Mediziner, scheint es, schwören einst und zchwören immer noch:

Ich — hüre bei dem Arzt Apollon, daß ich folgende eidliche Verpflichtung ausführen werde, soweit meine Kraft und mein Urteil ausreichen.

Ich werde die Lebensweise anordnen zum Nutzen der Kranken nach bestem Vermögen und Urteil, aber alles, was zur Schädigung der Kranken führt, von ihnen fernhalten.

Ich werde niemandem ein tödlich wirkendes Gift geben, selbst wenn er mich darum bittet, und ich werde auch nicht einen darauf abzielenden Rat erteilen.

Heilig und rein werde ich meine Kunst bewahren.

In wieviele Häuser ich auch eintrete, immer werde ich eintreten zum Heil der Kranken und fernbleiben von jeder vorsätzlichen Schädigung.

Was ich aber während der Behandlung sehe und höre oder außerhalb derselben im Verkehr der Menschen, was nicht verbreitet werden darf, das werde ich verschweigen und alle diese Dinge wie Geheimnisse behandeln.

Ich bin, weiß Gott, bei Dem die wenigsten Medikusse von heute sich zu verpflichten gesonnen sind, nicht hier und jetzt berufen, die Seltsamkeit zu untersuchen, welche überall dem Text des Schwurs die widersprechendsten Folgen zu zeitigen pflegt, — das ist eine Sache der Zufut, zu der ich lieber freundschaftlicher als beruflicher Weise den Kontakt herbeiführe. Aber die großen Helden Molières, dem leider nur mein Glaube abging, werden mir das Wundern vor dem Faktum erlauben, daß seit der Einführung des Hippokratischen Eides trotz aller Betuerungen das Menschenleben billiger geworden ist und daß sogar, entgegen den Bestimmungen des dritten Paragraphen, die offizielle Vergiftung des Daseins zugenommen hat.

Das sei, so dürften mir die Heilkünstler gleich zur Antwort geben, nicht die Schuld der ärztlichen Bemühungen, sondern die natürliche Konsequenz einer mörderischen Toleranz, die im vollen zwanzigsten Jahrhundert die Universalmedizin mit der Allvergnugsquackalberei auf einen und denselben Nenner gebracht habe. Schinderhänse kämen mit den Homöopathen zu den höchsten Ehren, während vor den anerkannten und geprüften, diplomierten und kontrollierten Doktoren jede Zuversicht versage. Die kuriosen Zeiten, die dem Aberglauben alle blöden Möglichkeiten erschlossen, um dem Glauben alle Kirchen-, alle Himmelstüren zu vernageln, ließen auch das blinde Vertrauen zu den Kurpfuschern derart zunehmen, daß dem werdenden Gesetz nichts anderes übrig blieb, als einen unverrückbaren und dennoch verrückten Zustand wider den Protest der Hippokrates-Jünger zu legalisieren. Und übrigens nicht, für die langsame Vorseibstmordung der Welt, der Troß der Schreiber die Verantwortung, der mit Strychnin und Arsenik den Geist der Humanität bearbeite und seit dem Jahre neunzehnhundert eine soziale Stimmung erzeugt habe, die von der Psyche her den Körper infiziere und die Wissenschaft der Diagnostiker vor Probleme stelle, die nicht einmal mit Streptomycin zu lösen seien. Aufdränge sich zuerst eine Heilung der Geistigen, dann ließe sich, vernünftigerweise, über die Gesundheit des Lebens reden.

Das ist durchaus keine insane Ueberlegung. Ich gebe gerne zu, daß sie von einem besseren Kollegen herkommen könnte und erkläre mich deshalb bereit, sie gleich zur Grundlage einer Konversion zu machen, die von unserer Seite her die Rekonvaleszenz des traurigen Menschengeschlechtes zu beschleunigen unternähme. Das hieß, daß wir ohne Zögern das erhabene Beispiel der Aerzte kopierten, uns selber als berufene Genesungsvollzieher des Geistes betrachteten, unser Amt als wahre Profession verehrten, ihr den heiligsten Ernst zur Voraussetzung gäben und also gleichfalls, vor dem Vater der Schöpfer, einen Eid ablegten, der uns ewig bände.

Ein Berufsbruder schlägt, in der Freiburger Halbmonatsschrift: „Die Gegenwart“, als Schwurtext diese Sätze vor:

„Ich schwöre beim Andenken an den Dichter Gotthold Ephraim Lessing, daß ich folgende eidliche Verpflichtung ausführen werde, soweit meine Kraft und mein Urteil ausreichen.“

Ich schwöre, daß ich die Literatur in eine Ordnung zu bringen versuchen werde, die den Lesern nutzt, aber alles, was zur Schädigung der Leser führt, werde ich von ihnen fernzuhalten versuchen.

Heilig und rein werde ich meine Kunst bewahren.“

Bei Lessing, das ist ein gutes Versprechen! Aber — es ist es eben nur bei Lessing, den nicht Jedermann als immerbindende Größe anerkennt. Ich mag ihn schon, doch nicht für diesen Fall. Denn Pater Creatorum ist er nicht, trotz Nathan u. Laokoon. Wenn ich schon zu schwören habe, so geschehe es bei Dem, an Den ich gänzlich glaube, weil er Schöpfer über allen Schöpfern und kreatoretischen Gewalt in sämtlichen Gesegneten ist. ERIO

## A Propos

### Der gute Kampf

Der Sport läßt viele Definitionen zu, vor allem jener Teilbegriff, der auf das Bosen Bezug hat. Die beste, glauben wir, stammt von einem Oesterreicher, namens Max Kammerlander, her, der kürzlich im Innsbrucker „Volksboten“ also ausrief:

Sehr beliebt ist als Vergnügen Heute auch das Schlächterkriegen, Nämlich bis zu jenem Maße, Als nicht tropft die eigne Nase Und vernimmt man ringsherum Sitzen kann als Publikum. —

Herzlich ist das Mitgefühl, Trifft ein Schwinger in sein Ziel Und erwirkt die Demontage Einer feindlichen Visage.

„Bravo, bravo — nur so weiter!“ Ruft man frohschwingend und heiter.

Denn man denkt bei solchen Heiben An den Nachbar, an den lieben, Den man sonst, weil man nicht kann Glaubt als biederem Ehrenmann. Treibt man aber Politik, Wird zu einem Fest dies Glück.

Nämlich dieses ist der Grund, Daß das Bosen so gesund: Daß man, selber unbeschädigt, Seine Gegnerschaft erledigt Und noch wahrnt den guten Ton Hoher Zivilisation.

Ob das Liedlein eine Folge jenes großartigen Kampfes ist, der vor nicht allzu langer Zeit in Holland mit der totalen Erledigung des einen Gegners endigte, sodaß anstelle des Masseurs der Totengräber antreten mußte, entzieht sich unserer Kenntnis. Obgleich seine Publikation zeitlich mit der Aufregung des niederländischen Volkes zusammenfällt, das ein Verbot der Boazveranstaltungen überhaupt verlangt, scheint es doch des rechten tragischen Untertones zu ermangeln.

Wir sind eher zur Annahme geneigt, es habe hier ein Fremder mit Humor und Ironie gewisse luxemburgische Verhältnisse schildern wollen. Jedenfalls gestehen wir offen ein, daß wir, seitdem wir vorstehende Verse gelesen haben, endlich prachtvoll die einheitsliche Einrichtung verstehen, in Bozdingen politische Gegner und gemerische Politiker zu Leitern der Faustheldenclubs zu bestellen.

Daß man selber unbeschädigt ....

Siehe oben!

# Probleme der Sozialversicherung

III.

Der Befürworter einer „zeitgemäßen Sozialversicherung“ im „Fischer Tageblatt“ weist wiederholt auf die Tatsache der vielfachen Geldentwertungen in den letzten Jahrzehnten hin. „Die politische Entwicklung der letzten zehn Jahre, die zahlreiche wirtschaftliche und finanzielle Erschütterungen auslöste, dürfte wohl auch dem weltabgeschiedensten Versicherungsmathematiker die Gewißheit beigebracht haben, daß auf lange Sicht praktisch alle Maßnahmen der finanzpolitischen Sekurität wirkungslos sind.“ (6. 6. 50). Der „ursprüngliche Grundgedanke einer sozialen Sicherung, daß es möglich sei, ersparte Einkommensteile wertbeständig über lange Zeiträume zu erhalten, hat sich als auszufallend erwiesen.“ (27. 6. 50). „Das Ausmaß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ist und bleibt in erster Linie ein politisches Moment, und erst danach basiert es auf der Bevölkerungsstruktur.“ (28. 6. 50).

Aus der Tatsache der wiederholten Abwertungen, die bei neuen kriegerischen Verwicklungen leider nicht die letzten in der Reihe sein dürften, kann man folgern, daß die Reserven einen großen Teil ihrer Bedeutung verloren hätten, und daß die ganze Versicherung auf eine neue Basis zu stellen sei. Man kann aber auch folgern, diese Reserven müßten gegen die Entwertung geschützt werden. Und es ist eine dritte Folgefolge möglich: Ansammeln von Reserven wie bisher, aber Anpassung der Renten an die Indexziffer, und zwar auf Staatskosten, wenn die Versicherungsreserven wegen der Geldentwertung nicht ausreichen. Für diese dritte Lösung hat die Abgeordnetenkammer sich bei der letzten Reform der Alters- und Invalidenversicherung entschieden.

Man darf bezweifeln, ob das die beste Formel ist, und ob es nicht besser wäre, die Reserven gegen die Geldentwertung zu schützen.

Die Anlage eines Teiles der Versicherungsreserven in Immobilien hat sich als eine kluge Maßnahme erwiesen. Zwar ist der Ertrag nicht sehr hoch, aber Kapital und Ertrag sind wertbeständig geblieben. Zudem konnten solche Sach-

werte von den Nazis nicht nach dem Reiche verschleppt werden.

Im übrigen pflegen die Gelder der Sozialversicherungsanstalten in luxemburgischen Obligationen, vor allem in Anleihen des Staates, angelegt zu werden. Der Staat statte all seine eigenen Anleihen mit einer Klausel aus, die sie wertbeständig macht: Goldklausel, Indexklausel. Er verpflichte die Gemeinden, die öffentlichen Körperschaften und die Privatindustrie, dasselbe zu tun. Damit wären die Sozialversicherungsanstalten in die Lage versetzt, aus eigenen Mitteln die ständige Anpassung der Renten an die Lebenshaltungskosten, wie die Indexziffer sie widerspiegelt, vorzunehmen.

Bei einer derart gesicherten finanziellen Grundlage könnte man den Versicherern in weit umfangreicherem Maße, als das heute der Fall ist, die Selbstverwaltung der Versicherung übertragen, und damit selbstverständlich eine entsprechende Verantwortung. Heute legt der Staat die Beiträge und die Leistungen fest. Was den Vertretern der Versicherten an eigener Initiative verbleibt, ist im Grunde genommen sehr wenig. Deshalb ist es nicht verwunderlich, daß sie für ihre Versicherung sehr wenig inneres Interesse aufbringen. Sie beklagen sich über die Höhe der Beiträge und die ungenügende Höhe der Rente. Sie fordern eine Begrenzung der Beiträge, aber eine Verbesserung der Renten. Wenn sie selbst durch ihre Vertreter Entscheidungen über das Verhältnis von Beiträgen und Leistungen zu treffen hätten und auch die Verantwortung und das Risiko dafür übernehmen müßten, so würden sie die Versicherung als ihre eigene Sache ansehen lernen. Heute ist die Sozialversicherung für sie eine staatliche Einrichtung wie Post oder Bauverwaltung. Es kann nicht anders sein, solange alles Wesentliche vom Staate festgelegt wird und kein Raum für eigene Initiative und Verantwortung der Versicherten übrigbleibt.

Mit einer Wertbeständigkeit der staatlichen und kommunalen und sonstigen Anleihen wäre nicht nur der Sozialversicherung geholfen, sondern noch vielen andern Leuten. Es wäre zum Nutzen der Privatversicherungen, bei denen gute Franken eingezahlt und

entwertete Franken zurückbezahlt werden, ohne daß die Versicherungsgesellschaft dafür verantwortlich gemacht werden kann. Geholfen wäre den Massen der kleinen Sparer, die ihr Geld den Sparkassen anvertrauen, oder die dafür sichere, festverzinsliche Papiere kaufen. Geholfen wäre allen, die gutes Geld ausgeliehen haben und in Gefahr sind, entwertetes Geld zurückzuerhalten.

Gegen eine solche Lösung sind natürlich die Schuldner, ob Private, Gesellschaften, öffentliche Körperschaften, Gemeinden oder Staat. Sinkt der Geldwert um die Hälfte oder zwei Drittel, so ist beim heutigen System die Schuld faktisch zur Hälfte oder zu zwei Dritteln bezahlt, ohne daß der Schuldner die Hand zu führen braucht. Das ist außerordentlich bequem. Und da der Staat durchweg der größte Schuldner zu sein pflegt, so läßt sich begreifen, daß der Staat kein Freund von Geldklauseln und Indexklauseln ist, und daß er sie bei den Staatsbürgern erschwert oder verbietet, um nicht moralisch gezwungen zu sein, seinen eigenen Gläubigern ebenfalls eine Währungsgarantie zu geben.

Bequem ist das wohl für die Schuldner, aber sicher nicht gerecht. Und kein Ansporn zum Sparen. Wozu sich jetzt Opfer auferlegen, wenn man damit rechnen muß, bei der nächsten Abwertung um den größten Teil des Realwertes seiner Ersparnisse betrogen zu werden! Verschwinden des Sparwillens aber müßte für die Zukunft der Wirtschaft bedenklich werden.

Als noch wirkliche Goldwährung bestand, war der Realwert des Geldes auch nicht völlig gleichbleibend. Die Preise stiegen, also sank der Geldwert. Aber das geschah so langsam und allmählich, daß ernste Nachteile nicht daraus erwuchsen. Bei dem Rhythmus, in dem heute die Abwertungen sich folgen, und bei dem Ausmaß, das sie anzunehmen pflegen, kommen wir nicht daran vorbei zu überlegen, wie den Ungerechtigkeiten und den wirtschaftlichen und sozialen Schäden, die damit verbunden sind, wirksam entgegengetreten werden kann.

Die Frage der Anpassung der Sozialrenten an die Indexziffer sollten wir in diesen weiteren Zusammenhang hineinstellen.